Exzessive Subventionen für „erneuerbare“ Energie sind inzwischen ein Haupt-Hindernis für *Net Zero*

geschrieben von Chris Frey | 11. Mai 2021

Es besteht weithin Einigkeit darüber, dass Strom für die Bemühungen zur Dekarbonisierung von entscheidender Bedeutung ist. Dennoch machen erneuerbare Energien und ihre Subventionen Strom extrem teuer und belasten die Stromrechnungen der Verbraucher mit über 12 Milliarden Pfund pro Jahr. Diese hohen und steigenden Kosten schrecken stark davon ab, Elektroautos oder Wärmepumpen einzuführen. Nur die Wohlhabenden werden sich diese leisten können.

Die einflussreiche PR-Firma Public First hat eine von den großen Stromversorgern unterstützte Studie erstellt, die einen Weg skizziert, einen Teil der Kosten für die Subventionierung erneuerbarer Energien aus der zentralen Besteuerung zu finanzieren und so dieses Hindernis für elektrisches Heizen zu beseitigen. Nur die Subventionen, die über die Haushaltsrechnungen erhoben werden (etwa 40 % der Gesamtsumme), würden ersetzt werden, und diese Entlastung würde durch eine neue Kohlenstoffsteuer auf Gas und Strom ausgeglichen werden.

Die GWPF veröffentlicht heute einen Kommentar zum Reformvorschlag von Public First und kommt zu dem Schluss, dass dieser zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber aus folgendem Grund unzureichend ist:

1. Der Vorschlag bietet keine wirkliche Entlastung für die Verbraucher, sondern verlagert lediglich die Kosten von Strom auf Gas über eine Kohlenstoffsteuer.

2. Die Einnahmen aus der vorgeschlagenen Kohlenstoffsteuer würden mit der Zeit unweigerlich sinken, was die Belastung der Steuerzahler in der Gesamtwirtschaft erhöht.

3. Die einzigen Gewinner des Vorschlags sind die Energiekonzerne, die die Arbeit von Public First finanziert haben, da sie in der Lage sind, einen schwierigen und unsicheren Einnahmestrom aus den Rechnungen der Verbraucher gegen einen gesicherten Geldfluss aus dem Finanzministerium zu tauschen. Dies ist bedauerlich.

Nichtsdestotrotz hat die Arbeit von Public First ein wohlbekanntes Problem in den Vordergrund gerückt, nämlich dass sehr hohe und steigende Subventionen für erneuerbare Energien nun ein großes Hindernis für die Net Zero-Politik der Regierung darstellen.

Das Global Warming Policy Forum schlägt daher vor, dass die Minister einen radikaleren Reformansatz in Erwägung ziehen und die Subventionskosten von allen Verbraucherrechnungen, egal ob für Privathaushalte, Industrie, Gewerbe oder den öffentlichen Sektor, abziehen und stattdessen die Kosten aus zentralen Steuern finanzieren. Dies würde die enormen und derzeit versteckten Kosten der erneuerbaren Energien einer demokratischen Prüfung unterziehen.

Die GWPF glaubt, dass die öffentliche Erkenntnis der wahren Kostenbelastung eine solche Prüfung nicht überleben würde. In der Tat wäre die Streichung der Subventionen für erneuerbare Energien und die Annahme einer kosteneffektiveren kohlenstoffarmen Politik ein großer Schritt zur Wiederbelebung der britischen Wirtschaft.

Dr. John Constable, der GWPF-Energie-Redakteur, sagte:

Es ist dringend notwendig, die Subventionen für erneuerbare Energien in Großbritannien zu kürzen. Sie aus der nationalen Stromrechnung zu entfernen und aus der allgemeinen Besteuerung zu finanzieren, so dass die Öffentlichkeit sehen kann, was derzeit heimlich ausgegeben wird, ist ein notwendiger erster Schritt. Demokratische Prüfung und Rücknahme wird der nächste Schritt sein. Das kann nicht zu schnell kommen.

Link:
https://www.thegwpf.com/excessive-renewable-energy-subsidies-are-now-a-major-obstacle-to-net-zero/

Übersetzt von Chris Frey EIKE